

# Berlin bewegt.

Wahlprogramm für die Wahl  
zum Abgeordnetenhaus 2006  
in Berlin

**DIE LINKE.** **PDS**

1. Aus Wissen mehr Arbeit schaffen .....	5
2. Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren .....	9
3. Eine Schule – gleiche Chancen für alle Kinder .....	13
4. Zukunft durch Wissenschaft – innovativ und sozial .....	17
5. Neue Perspektiven durch Kultur .....	19
6. Öffentliche Daseinsvorsorge schafft soziale Sicherheit .....	23
7. Für eine solidarische und leistungsfähige Gesundheitsversorgung .....	26
8. Für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit .....	28
9. Soziale Stadt fördert Vielfalt und Zusammenhalt .....	32

Wahlprogramm der Linkspartei.PDS Berlin zur Wahl  
zum Abgeordnetenhaus am 17. September 2006  
Beschluss des Landesparteitages vom 6. Mai 2006

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

Sie haben die Wahl. Mit Ihrer Stimmabgabe am 17. September entscheiden Sie, wie es mit unserer Stadt weitergehen soll. Sie bewerten zugleich die in den zurückliegenden Jahren geleistete Arbeit der Parteien.

2001 wurde der Großen Koalition, besonders der CDU, das Vertrauen entzogen. Als Antwort auf die Krise und die zugespitzten Konflikte in Berlin erhielt die Linkspartei.PDS ein außerordentlich gutes Wahlergebnis und damit einen Vertrauensvorschluss. Wir übernahmen die Verantwortung, um gemeinsam mit der SPD eine Wende in der Berliner Politik einzuleiten. 2006, fünf Jahre später, stellt sich die Linkspartei.PDS selbstbewusst Ihrem Urteil.

Wir verstanden Ihr Votum 2001 als Auftrag, Filz und Korruption zu beseitigen, den Landeshaushalt zu sanieren und damit der Stadt realistische Wege in die Zukunft zu eröffnen. Leitschnur unseres Handelns war und ist die soziale Gerechtigkeit.

Die Große Koalition hatte die Stadt 2001 in eine tiefe Krise geführt. Filz und Korruption wucherten, eine Mischung aus Größenwahn und Provinzialismus blockierte notwendige Strukturveränderungen, der Schuldenberg wuchs. Hinzu kam ein in seinen Auswüchsen einmaliger Bankenskandal.

Die Linkspartei.PDS nahm die Herausforderung an. Wir lösten das zentrale Wahlversprechen, die Landesfinanzen zu konsolidieren, ein. Das erforderte schmerzhaft Entscheidungen. Doch ein Schuldenberg von 60 Milliarden Euro lässt sich nicht bewältigen, ein jährliches Haushaltsdefizit von mehr als fünf Milliarden Euro nicht deutlich minimieren und eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht auf Teilentschuldung nicht gewinnen, ohne dass es die Menschen in der Stadt spüren. Wir haben aufgeräumt, bereinigt und aufgebaut und dabei ein umfangreiches Programm von Strukturveränderungen in Gang gesetzt. Die Linkspartei.PDS war und ist der Garant, dass bei allen schwierigen Entscheidungen der Grundsatz gilt: Starke Schultern können mehr

tragen als schwache. Die Linkspartei ist das soziale Gewissen der Stadt. Wir haben uns gegen die neoliberale Privatisierungseuphorie gestellt und uns um die Sanierung öffentlicher Unternehmen gekümmert. Der Abbau von Demokratie und Bürgerrechten wurde gestoppt, die direkte Demokratie durch die Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf Bezirksebene gestärkt. Wir haben einen langfristigen Haushaltssanierungskurs eingeleitet, der dem Land auch in Zukunft Handlungsfähigkeit bewahren soll. Das von einigen erwartete politische und wirtschaftliche Schreckensszenario infolge einer Regierungsbeteiligung der Linkspartei. PDS ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Akzeptanz für unsere Arbeit ist auch im Westen der Stadt gewachsen. Das hat das Zusammenwachsen von Ost und West weiter gefördert. Konfliktfähig und kompromissbereit arbeiten wir, um unter den gegebenen Bedingungen das Beste für die Menschen in unserer Stadt zu erreichen.

Der Landespolitik sind Grenzen gesetzt. Bundesgesetze, die Politik der Europäischen Union und die herrschenden Verhältnisse in einer globalisierten Welt setzen und setzen Rahmenbedingungen, gegen die wir ankämpfen, aber die wir nicht ignorieren können. So ist der Einfluss von Landespolitik auf internationale Konzernentscheidungen trotz intensiven Engagements begrenzt. Die bundespolitischen Rahmenbedingungen für eine sozial verantwortliche Politik für Wachstum und Beschäftigung verschlechtern sich weiter. Steuersenkungen für Besserverdienende, der Abbau sozialer Leistungen in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verstärken die Abwärtsspirale, schwächen die Binnennachfrage und das Wachstum, führen zu höherer Arbeitslosigkeit und wachsenden Defiziten in den öffentlichen Haushalten. Berlin hat im Bundesrat dieser verhängnisvollen Politik die Gefolgschaft verweigert und dem Hartz-IV-Gesetz und der Mehrwertsteuererhöhung nicht zugestimmt.

Berlin ist eine Stadt mit wechselvoller Geschichte, aus der eine besondere Verantwortung erwächst. Von hier gingen zwei Weltkriege aus, aber auch eine Vielzahl von weltweiten Impulsen in Wissenschaft, Kunst und Kultur. Hier wurde die Vernichtung der europäischen Juden geplant und organisiert, aber auch der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war ein Lebenszeichen Berlins und begründet unseren Antifaschismus. Nach dem Sieg über den deutschen Faschismus wurde Berlin zum Symbol im Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz. Hier wurde die Mauer gebaut, aber auch überwunden. Nirgendwo war die deutsche Teilung direkter erfahrbar.

Diese Geschichte fordert: Berlin muss Stadt des Friedens, der Menschenrechte und der Toleranz sein. Es gehört zum Selbstverständnis der Linkspartei. PDS als sozialistische Partei, die kritische Auseinander-

setzung mit der Geschichte des Sozialismus aktiv fortzusetzen. Als Bürgerrechtspartei besteht für uns kein Zweifel: Die Verbrechen, die namens des Sozialismus begangen wurden, sind nicht zu relativieren und sie unterliegen auch keiner politischen Verjährung. Eine sachliche und zugleich kritische Debatte ist für uns auch die Voraussetzung, ungerechtfertigte Angriffe oder gar eine Dämonisierung der DDR zurückzuweisen. In diesem Sinne stellen wir uns der Geschichtsdiskussion und unterstützen eine entsprechende Erinnerungskultur in Berlin.

Wir leben in einer großartigen Stadt. Berlin ist international, kreativ, bunt und attraktiv, ist einfach die Hauptstadt. Wir haben in den letzten Jahren das Fundament dafür gelegt, dass Berlin seine Stärken entwickeln kann. Eine sozialräumlich ausgewogene Entwicklung der Stadt, eine gute Integrationspolitik, ein hoher Standard bei Kindertagesstätten, sehr gute Bildungsbedingungen und ein kulturell ansprechender, offener, kreativer Charakter der Stadt sind wichtig für Berlin, für die Menschen, die hier leben. An diese Stärken wollen wir anknüpfen und die Zukunftspotenziale der Stadt ausbauen.

Wir wollen die Lebensqualität für die Menschen in der Stadt sichern und erhöhen, indem wir ökologische Ziele wie den Erhalt von städtischem Grün, den Schutz von Wasser und Boden und auch den Einsatz von erneuerbaren Energien stärker berücksichtigen und fördern. Wir wollen Mobilität für alle mit Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr zu angemessenen Preisen sichern und verkehrsbedingte Umweltbelastungen minimieren.

Mit diesem Wahlprogramm stellen wir Ihnen die zentralen politischen Projekte der Linkspartei.PDS vor, mit denen wir Berlin in den nächsten Jahren voranbringen wollen: Innovation für neue Arbeitsplätze, Finanzierung von Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit, mehr Chancen durch längeres gemeinsames Lernen in einer integrativen Schule, eine sozial verantwortliche Wissenschaftspolitik, kulturelle Vielfalt als Chance, Erhalt und Stärkung der öffentlichen Unternehmen Berlins, eine solidarische Gesundheitsversorgung, eine vielfältige, soziale und solidarische Stadtgesellschaft.

Wir wollen eine Politik für die ganze Stadt. Das ist mehr als Parteipolitik. Dafür steht die Linkspartei.PDS, dafür steht unser Spitzenkandidat Harald Wolf.

Mit ihrer Arbeit hat die Linkspartei.PDS gezeigt, dass Reformen und soziale Gerechtigkeit keinen Gegensatz bilden müssen, wenn die Lasten gerecht verteilt werden.

Die Linkspartei.PDS steht für die Stärkung demokratischer Teilhabe aller Berlinerinnen und Berliner. Demokratie ist nicht auf die Stimmabgabe bei der Wahl begrenzt, sondern setzt auf die Mitwirkung bei der Gestaltung des Alltags.

Am 17. September werden nicht nur ein neues Abgeordnetenhaus und neue Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Sie können auch über eine Änderung der Verfassung von Berlin zu Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden abstimmen. Das Abgeordnetenhaus hat niedrigere Hürden beschlossen, die Zeitspanne für die Unterschriftensammlung verlängert und die Gründe, aus denen ein Volksbegehren abgelehnt werden kann, eingegrenzt. So werden künftig direkte demokratische Entscheidungen leichter möglich sein. Dadurch kann eine neue Kultur der Einmischung entstehen.

Berlin hat sich verändert. Wenn heute über die Stadt berichtet wird, ist nicht mehr die Rede von Filz und Korruption, sondern von einer kreativen, dynamischen und weltoffenen Hauptstadt.

Wir laden Sie ein, mit uns über unsere Angebote für Berlin zu reden, Ihre Vorschläge einzubringen und mit uns gemeinsam um die Verwirklichung dieser Politik für eine solidarische Stadtgesellschaft zu ringen. Und wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

# 1. Aus Wissen mehr Arbeit schaffen

Mehr existenzsichernde Arbeit für mehr Menschen schaffen – das ist angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und Berlin die zentrale Aufgabe linker Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Die Berliner Wirtschaft selbst befindet sich nach wie vor in einem dramatischen Strukturwandel. Die Abwanderung der wichtigsten Unternehmenszentralen nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Unternehmensstruktur im Westteil der Stadt, die im Wesentlichen von Subventionen lebte, der dann mit der deutschen Einheit abrupte Abbau dieser Bundesunterstützung und die rasche Wirtschafts- und Währungsunion, die den Zusammenbruch vieler Industriebetriebe im Ostteil der Stadt beschleunigte, führten in den 90er Jahren zu einem dramatischen Verlust vor allem industrieller Arbeitsplätze.

Die Großen Koalitionen, die seit Anfang der 90er Jahre bis 2001 regierten, haben die Auswirkungen des Strukturwandels mit ihren Träumen von prestigeträchtigen Großprojekten in einer prosperierenden Welt- und Dienstleistungs-Metropole verschärft und den Berliner Landeshaushalt in die Notlage geführt.

Die Linkspartei.PDS hat für eine Kehrtwende gesorgt: Politik orientiert sich jetzt an realistischen Perspektiven für Berlin. Berlin hat begonnen, sich auf die eigene Kraft zu besinnen. Dabei liegt die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Berlin nicht in der Konkurrenz mit anderen Ländern und Regionen um möglichst niedrige Kosten und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Stattdessen lautet die Devise: Innovation statt Billiglohn.

Und hierbei hat Berlin vieles zu bieten: Berlin verfügt mit vier Universitäten, über 60 außeruniversitären Forschungseinrichtungen, zehn Fachhochschulen und drei Kunsthochschulen über ein hervorragendes Potenzial in Wissenschaft und Forschung. Berlin gilt international als weltoffene, kreative Stadt mit einem einzigartigen Kulturangebot.

Berlin ist Magnet für junge Menschen aus aller Welt. Die Hauptstadtregion ist Standort leistungsfähiger, erfolgreicher industrieller Unternehmen – alteingesessener wie auch junger, nach der Wende neu entstanden. Diese Stärken gilt es systematisch zu entwickeln und miteinander zu verknüpfen, um daraus neue Produkte, neues Wachstum und mehr Beschäftigung zu entwickeln. Die Linkspartei.PDS hat in der Regierungsverantwortung begonnen, die Wirtschaftspolitik systematisch auf die Wachstumsfelder der Zukunft und die Stärkung des produzierenden Gewerbes auszurichten. Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung braucht Kontinuität. Daher steht im Zentrum unserer Wirtschaftspolitik, die begonnenen Maßnahmen zielstrebig fortzusetzen.

## **Auf die Wachstumsfelder der Zukunft orientieren und Netzwerke stärken**

Berlins Stärken liegen in der Gesundheitswirtschaft, der Informations- und Kommunikations-, Medien- und Kreativwirtschaft sowie der Verkehrswirtschaft. Bereits heute weisen diese Sektoren ein überdurchschnittliches Wachstum auf. Das bringt nicht nur in diesen Hightechbereichen Arbeitsplätze. Durch Zulieferungen und Dienstleistungen entstehen auch neue Arbeitsplätze außerhalb dieser Sektoren.

Um diese Wachstumschance zu nutzen, spielen Netzwerke, in denen Unternehmen, Wissenschaft und Forschung in den einzelnen Wachstumsfeldern miteinander kooperieren, eine entscheidende Rolle. Durch Dialog und Bündelung von Erfahrungen und Kompetenz sollen regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert und Zugänge zu Innovations- und Vermarktungsprozessen, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, verbessert werden. Die Linkspartei.PDS will diese Netzwerke weiter unterstützen und ausbauen. Für die wichtigsten Zukunftsbereiche wurden erstmals mit allen Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Masterpläne mit konkreten Zielen vereinbart und zu einer stimmigen und vollständigen Gesamtstrategie des Landes zusammengeführt. Diese Masterpläne gilt es auch in der kommenden Legislaturperiode konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Es ist Ziel der Linkspartei.PDS, Gesundheitsunternehmen, -wissenschaft und -versorgung so zu vernetzen, dass wissenschaftliche Innovationen zügig in Produkte und Dienstleistungen umgesetzt und in der Gesundheitsversorgung erprobt werden können.

Informations- und Kommunikationstechnologien haben eine zentrale Bedeutung als Schlüsseltechnologie. Ihre Anwendung steigert Leistungsfähigkeit und Produktivität in fast allen Wirtschaftsbereichen.

Die Produkte der IT-Wirtschaft finden sich mittlerweile überall – vom Computer im Auto bis hin zur Telemedizin. Die elektronischen Medien verschmelzen mehr und mehr – diese Konvergenz von Telekommunikation, Internet und Fernsehen schafft neue Anwendungsmöglichkeiten, die wir durch die Kooperation unterschiedlicher Wirtschaftspartner oder durch pilotartige Anwendung in öffentlichen Einrichtungen (E-Government, E-Health) entwickeln wollen.

»Kreativität« ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Berlin. So hat die lebendige Szene aus Clubs und kleinen Musiklabels das Milieu und eine wichtige Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich große Unternehmen der Musikwirtschaft wie Universal, MTV und VIVA hier ansiedelten. Eine ähnliche Entwicklung vollzieht sich gegenwärtig im Bereich Mode und Design. Diese jungen und kreativen Unternehmen gilt es zu fördern und zu unterstützen. Die 2005 begonnene Kulturwirtschaftsinitiative soll deshalb weiterentwickelt werden, um die wirtschaftliche

Dynamik und arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieses Sektors besser zu nutzen. Die Filmförderung soll auf dem gegenwärtigen hohen Niveau fortgeführt werden.

Die Verkehrswirtschaft in der Hauptstadtregion ist bereits heute ein bedeutender Beschäftigungsfaktor. Ziel ist es, den Trend der letzten Jahre mit einem Beschäftigungszuwachs von jährlich drei Prozent in den Folgejahren fortzusetzen. Schwerpunkte bilden hierbei Kooperationsprojekte in der Verkehrstelematik und -logistik, in der Bahnsystemtechnik, der Luft- und Raumfahrttechnik, der Kraftfahrzeugtechnik sowie der Verkehrssystemtechnik.

Die Linkspartei.PDS will im Miteinander der wirtschaftspolitisch relevanten Akteure die mannigfachen Wachstumspotenziale Berlins so nutzen, dass sie sich sowohl in der Wachstumsrate des regionalen Bruttoinlandsprodukts als auch in der Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse niederschlagen. Mit der Wachstumsinitiative Berlin 2004–2014 ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen worden. Sie wird ihre Arbeit in der nächsten Legislaturperiode weiterführen. Dabei setzt sich die Linkspartei.PDS wie schon in der Vergangenheit gegenüber dem DGB für dessen Teilnahme an dieser Initiative ein.

### **Linke Wirtschaftspolitik ist modern**

Eine konsequente Innovationspolitik nach dem Motto »die Stärken stärken« schließt ausdrücklich das produzierende Gewerbe ein. Nachdem die Industrie von der Berliner Wirtschaftspolitik jahrelang vernachlässigt wurde, hat die Linkspartei.PDS hier eine Trendwende eingeleitet. Denn jeder industrielle Arbeitsplatz bringt weitere drei bis vier Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich mit sich. Berlin braucht eine leistungsstarke Industrie, um Impulse für den Dienstleistungssektor, für Wissenschaft und Forschung zu geben. Ein erstes Ergebnis des von der Linkspartei.PDS aufgenommenen Memorandums der Berliner Betriebsräte für eine aktive Industriepolitik und des darauf fußenden Industrie-Dialogs mit Unternehmern und Beschäftigten ist die Einrichtung eines Fonds. Aus ihm können Geschäftsführungen und Belegschaften gemeinsam finanzielle Unterstützung für externe Beratung beantragen.

Die Zentrale Anlaufstelle für Investoren ZAK, die unbürokratisch Ansiedlungen fördert, soll ihre erfolgreiche Tätigkeit fortsetzen. Die Berlin Partner GmbH wird weiter Unterstützung dabei erfahren, internationale Investoren für Berlin zu interessieren und damit Industrieansiedlungen und Investitionen für die Schwerpunktkompetenzfelder zu gewinnen. Einen höheren Stellenwert wird zukünftig die Bestandspflege von Unternehmen erhalten.

Zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen soll das Mittelstandsprogramm fortgeführt werden, das Entbürokratisierung,

Beratungsleistungen, Finanzierungsförderung, erleichterte Kreditzugänge, zweckgebundene Fördermittel für Bezirke und ein überarbeitetes Existenzgründungsprogramm für Genossenschaften umfasst. Ein Anfang ist auch mit der Neuausrichtung der Investitionsbank Berlin zu einer Bank für den Mittelstand gemacht. Ihr Umbau zu einer wirklichen Wirtschaftsförderbank, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, muss weitergeführt werden.

### **Neue Arbeitsplätze durch Selbstständigkeit**

Die Linkspartei.PDS setzt sich weiterhin dafür ein, dass Existenzgründungen insbesondere von Erwerbslosen oder von Erwerbslosigkeit bedrohten Menschen mit speziell auf mittlere, kleine und kleinste Unternehmen zugeschnittenen Mikrokrediten, mit Beratungs- und Coachingangeboten gefördert werden. Das stützt auch besonders Frauen, die sich selbstständig machen wollen. Auf sie entfällt schon jetzt die Hälfte solcher Existenzgründungen.

Ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor in der Stadt sind die Unternehmen mit Migrationshintergrund, ist die ethnische Ökonomie. Diese beschränkt sich schon längst nicht mehr auf Kleingewerbetreibende in Einzelhandel, Gastronomie und Baugewerbe. Zunehmend stoßen diese Unternehmen auch in andere, zukunftssträchtige Branchen wie den Software- und Telekommunikationsbereich, den Tourismus, die Medien vor. Gerade die Unternehmerinnen und Unternehmer türkischer Herkunft bilden verstärkt junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund aus. Mittlerweile liegt die stetig steigende Quote bei rund 15 Prozent. Wir wollen diese Unternehmen weiter mit allen gebotenen Möglichkeiten unterstützen, seien es nun spezifische Beratungsangebote für Existenzgründerinnen und -gründer oder Ausbildungsprojekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

### **Zusammenarbeit mit Brandenburg und in der Oder-Region stärken**

Die Linkspartei.PDS hat begonnen, die Wirtschaftspolitik konsequent auf die Kooperation mit Brandenburg und den westpolnischen Wojewodschaften auszurichten.

Die Kooperation mit dem benachbarten Bundesland muss zum gegenseitigen Vorteil weiterentwickelt werden. Die Wirtschaftsfördergesellschaften beider Bundesländer sollen in der nächsten Legislaturperiode zusammengeführt werden. Berlin ist auf die Wiederherstellung regionaler wirtschaftlicher Verflechtung angewiesen.

Die regionale Kooperation mit den polnischen Grenzregionen allgemein und mit den Wojewodschaften Zachodniopomorskie, Lubuskie, Wielkopolskie und Dolnośląskie und insbesondere den Wirtschaftszentren Szczecin, Poznań, Wrocław und Zielona Góra soll – im Sinne

bisheriger Vereinbarungen und Gespräche zur Konferenz der Oderregion im April 2007 – fortentwickelt werden.

Berlin kann dadurch die Rolle eines Wachstumszentrums in einer grenzüberschreitenden deutsch-polnischen Euro-Region übernehmen. Die höhere gegenseitige Verflechtung wird der Region insgesamt nutzen. Die Linkspartei.PDS setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass grenzüberschreitende, wirtschaftliche Freizügigkeit nicht nur für Waren, Dienstleistungen und Kapital besteht, sondern möglichst rasch auch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu braucht es Regeln für einen fairen Wettbewerb und gegen Lohndumping: einen gesetzlichen, die Existenz sichernden Mindestlohn und die Erbringung von Dienstleistungen nach den Standards des Landes, in dem die Leistungen erbracht werden. Die Bolkestein-Richtlinie der EU, die genau das Gegenteil vorschlägt, lehnen wir ab.

## **2. Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren**

Arbeitslosigkeit bekämpfen und neue Arbeitsplätze schaffen – das sind auch in Berlin die größten politischen Herausforderungen.

Hartz IV leistet das nicht. Hartz IV schafft keine Arbeitsplätze. Hartz IV erhöht den Druck auf die Arbeitslosen, ohne ihnen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive geben zu können. Erwerbslose haben – unabhängig von der Dauer ihrer Erwerbstätigkeit – nur noch ein Jahr Anspruch auf Arbeitslosengeld, um dann rasch unter das Niveau der früheren Sozialhilfe zu fallen. Die Regelungen zur Anrechnung von Partnereinkommen führen zu größeren Abhängigkeiten vom Partner. Betroffen sind vor allem Frauen. Mit der Verpflichtung zur Auflösung der Altersvorsorge programmiert Hartz IV Altersarmut. Mit Hartz IV wird Arbeitslosigkeit verwaltet und finanziert.

Die Linkspartei.PDS hat das Gesetz von Anfang an abgelehnt und dafür gesorgt, dass Berlin diesem Gesetz im Bundesrat nicht zugestimmt hat. Sie setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass es überwunden wird.

In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir bereits jetzt deutlich andere Akzente.

### **Existenzsichernde Arbeit**

Es ist das wichtigste Ziel, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen. Denn existenzsichernde Arbeit ist die Grundlage für ein wirtschaftlich unabhängiges Leben.

Statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, will die Linkspartei.PDS Arbeit in Form regulärer Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Die gegenwärtige

Politik der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit setzt vorwiegend auf zeitlich eng befristete Zusatzjobs (Ein-Euro-Jobs). Sie begründen kein Arbeitsrechtsverhältnis, statt eines Lohns gibt es eine »Aufwandsentschädigung«. Wir schlagen stattdessen vor, die zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung sozialversicherungspflichtiger Arbeit zu nutzen. Man könnte die Unterhaltsleistung von 345 Euro, die Wohnungskosten, die Aufwandsentschädigung für die sogenannten Ein-Euro-Jobs (ca. 200 Euro) sowie die Sozialversicherungsanteile zusammenrechnen und sie durch weitere arbeitsmarktpolitische Mittel, zum Beispiel aus dem Europäischen Sozialfonds, aufstocken. Mit dieser Summe könnten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die mit mindestens 1.000 Euro netto entlohnt werden. Das entspricht dem Mindestlohn, den die Linkspartei.PDS fordert. Um Lohndumping zu vermeiden, soll die Arbeitszeit je nach Qualifikation maximal 30 Stunden die Woche betragen. Die Bundesregierung weigert sich bislang noch, diese Möglichkeit Wirklichkeit werden zu lassen. Die Linkspartei.PDS wird weiter politisch Druck entfalten, damit aus dieser vernünftigen Idee Realität wird. Denn unserer Gesellschaft geht nicht die Arbeit aus, sondern die bezahlte Arbeit. Hier soll öffentlich geförderte Beschäftigung ansetzen. Zugleich schafft nur existenzsichernde Arbeit individuelle Rentenansprüche und stärkt die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme und der öffentlichen Kassen.

Ein Teil dieser öffentlich geförderten Beschäftigung soll sich in den ersten Arbeitsmarkt integrieren.

Ein anderer Teil wird ausschließlich dem Gemeinwohl dienen und weiter auf öffentliche Zuschüsse bzw. Gebühren und Beiträge von Nutzerinnen und Nutzern angewiesen sein. Projekte im Jugend-, Umwelt-, Migrations- und Frauenbereich bieten neue Möglichkeiten, die soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt zu erweitern, Arbeitsplätze zu schaffen und eine solidarische Stadtgesellschaft zu fördern. Diese Arbeit muss langfristig in tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen geleistet werden.

Um mehr Einfluss der Berliner Politik auf die Gestaltung der öffentlich geförderten Beschäftigung zu erlangen, tritt die Linkspartei.PDS dafür ein, dass die bezirklichen Vertreter in den Jobcentern gegenüber den Vertretern der Arbeitsagenturen die Mehrheit erhalten. Zugleich müssen die rechtlichen Möglichkeiten zu einer Koordinierung der einheitlichen Arbeitsmarktpolitik in Berlin geschaffen werden.

### **Das Programm »Stelle statt Stütze«**

Bereits jetzt nutzt Berlin alle Möglichkeiten, um Langzeitarbeitslosen reguläre öffentlich geförderte Beschäftigung anzubieten. So gibt es bereits sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in

Form der »Entgeltvariante«, bei der die Jobcenter einen Lohnkostenzuschuss geben. Die Linkspartei.PDS hat das arbeitsmarktpolitische Instrument der »Entgeltvariante« erweitert und das erfolgreiche Programm »Stelle statt Stütze« neu aufgelegt.

Damit können kleine und mittlere Unternehmen, die einen zusätzlichen Arbeitsplatz für eine Empfängerin oder einen Empfänger von Arbeitslosengeld II schaffen, einen Zuschuss von bis zu 70 Prozent des Arbeitgeberbruttolohns – maximal 1.000 Euro pro Monat – erhalten. Gefördert werden durch das Programm ausschließlich unbefristete Arbeitsverhältnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Erfolgsquote ist hoch. Etwa 70 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind auch noch nach einem Jahr fest beschäftigt.

Dieses Programm wurde in Berlin erstmalig in der Bundesrepublik auch für Langzeitarbeitslose ohne Leistungsanspruch geöffnet. Davon profitieren in erster Linie Frauen, die ihren Anspruch auf Leistungen aufgrund der verschärften Anrechnung des Partnereinkommens verloren haben.

### **Spielräume zugunsten der Betroffenen nutzen**

Die Mehrheit der Langzeitarbeitslosen verfügt über keinen berufsqualifizierenden Abschluss, viele noch nicht einmal über einen Schulabschluss. Deshalb haben wir das Programm »Zusatzjobs und Bildung« eingeführt. Damit können Langzeitarbeitslose zusätzlich zu ihren Arbeitsgelegenheiten oder zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Qualifizierungen oder Schulabschlüsse erwerben, um ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Einen besonderen Schwerpunkt legt die Linkspartei.PDS auf die gezielte Förderung benachteiligter Zielgruppen. Dafür gibt es Programme, die schulische Bildung und berufliche Ausbildung miteinander verknüpfen.

2006 neu eingeführt wurde ein Programm für arbeitslose Jugendliche mit Migrationshintergrund, die keinen Anspruch auf Förderung nach den geltenden Gesetzen und kaum eine Chance auf Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Dieses Programm soll fortgeführt werden.

Verlierer der Hartz-IV-Gesetzgebung sind besonders jene Arbeitslosen, die wegen eines Partnereinkommens keinen Anspruch auf Leistungen haben. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Auch hier ist Berlin vorgegangen: Das Programm »Zusatzjobs und Bildung« wurde ebenso wie das Programm »Stelle statt Stütze« für diese Gruppe der Erwerbslosen geöffnet.

### **Ausbildung schafft Perspektiven**

Grundlage für beruflichen Erfolg ist eine solide Berufsausbildung. Die Linkspartei.PDS will erreichen, dass alle Jugendlichen, die dies wollen, eine Berufsausbildung bzw. ein Studium absolvieren können. Wir wollen

die Potenziale Berlins nutzen, um diesem Ziel näher zu kommen. Der Ausbildungspakt zwischen Senat, Gewerkschaften, Kammern, Unternehmerverbänden und der Regionaldirektion der Agentur für Arbeit soll fortgesetzt werden. Eines der wesentlichen Ziele muss sein, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze zu erhöhen. Der Senat muss auch künftig durch öffentlich geförderte Verbundausbildung einen Beitrag zur Schließung der Lücke auf dem Lehrstellenmarkt leisten. Die Regionaldirektion ist aufgefordert, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel für die Qualifikation und Ausbildung junger Arbeitsloser zu nutzen, statt diese in Ein-Euro-Jobs zu schicken.

Gelingt es nicht, die Ausbildungsplatzlücke zu schließen, bedarf es gesetzlicher Regelungen. Deshalb setzt sich die Linkspartei.PDS auf Bundesebene dafür ein, dass Unternehmen, die ausbilden könnten, es aber nicht tun, eine Ausbildungsplatzumlage zahlen müssen.

Ausbildung findet auch in den öffentlichen Unternehmen Berlins statt. Die Linkspartei.PDS meint: Diese Ausbildungskapazitäten sollten nicht auf den eigenen Bedarf und auf die eigenen Ausbildungsprofile beschränkt bleiben. Vernetzung heißt auch hier das Stichwort. Viele kleine und mittlere Betriebe sind auf gut qualifizierte Kräfte angewiesen, können sie aber mit ihren eigenen Potenzialen nicht in der erforderlichen Breite ausbilden. Deshalb wollen wir an die guten Erfahrungen mit der Verbundausbildung anknüpfen und gemeinsam mit den öffentlichen Unternehmen und den stadtpolitischen Partnern in Gewerkschaften sowie klein- und mittelständischen Unternehmen Berlins ein Konzept entwickeln und durchsetzen, mit dem die Ausbildungskapazitäten der städtischen Betriebe und Anstalten gebündelt und für mehr Ausbildung genutzt werden können. Berlin bildet aus – für seine sozialen und ökonomischen Perspektiven und für die Zukunftschancen junger Menschen.

### **Mehr Beratung, mehr Teilhabe**

Die Kommunen erhielten mit dem Hartz-IV-Gesetz die Verantwortung für die Kosten der Unterkunft und Heizung sowie für die Sucht-, Schuldner- und psychosoziale Beratung. Seit der Einführung des Gesetzes sind die Verschuldung Hartz-IV-Betroffener und ihr Beratungsbedarf gestiegen. Auf Initiative der Linkspartei.PDS wurde die finanzielle Ausstattung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen um eine Million Euro erhöht, während zum Beispiel die CDU-regierten Länder Hessen und Bayern ihre Beratungsangebote erheblich gekürzt haben.

Die Linkspartei.PDS hat in Berlin eine der bundesweit besten Regelungen für die Kosten der Unterkunft durchgesetzt. Arbeitslose sollen nicht aus ihrem sozialen Umfeld gerissen und der vorhandene Wohnraum soll gesichert werden. Wir wollen, dass diese Regelung beibehalten wird. Sie orientiert sich nicht nur am Berliner Wohnungsmarkt, sondern beinhaltet

auch viele Ausnahme- und Härtefallregelungen. Jeder Aufforderung zum Umzug muss eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorausgehen. Damit wird gesichert, dass die Aufwendungen für einen notwendigen Umzug geringer sind als die weitere Übernahme der höheren Wohnkosten für einen Zeitraum von zwei Jahren. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, dass dieser Ansatz nicht nur im Interesse der Betroffenen ist, sondern auch öffentliche Gelder einspart.

Langzeitarbeitslosigkeit birgt die Gefahr von Ausgrenzung und Vereinamung. Eine sozial gerechte Stadt muss dem entgegenwirken und Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglichen. Nach der Kündigung des bisherigen Sozialtickets war es dem Engagement der Linkspartei.PDS zu verdanken, dass Menschen mit geringem Einkommen und Arbeitslosengeld-II-Empfänger seit Januar 2005 ein Sozialticket zum halben Preis der Monatskarte erhalten können. Wir wissen, dass dies immer noch ein sehr hoher Preis für die Betroffenen ist. Weil wir ihren Mobilitätsanspruch sicherstellen wollen, setzen wir uns dafür ein, ein Sozialticket zum Preis von 18 Euro einzuführen.

Das setzt voraus, dass sich die Bundesagentur für Arbeit an der Finanzierung beteiligt und auch die Verkehrsbetriebe ihre Möglichkeiten ausschöpfen.

### **3. Eine Schule – gleiche Chancen für alle Kinder**

Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für die Entwicklung der Persönlichkeit und die Chance für berufliche und persönliche Verwirklichung aller. Sie ist Grundbedingung für Emanzipation und Teilhabe an der Gesellschaft. Für die Linkspartei.PDS ist Bildungspolitik aktive Sozialpolitik, denn sie muss für alle Menschen Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung garantieren.

Das Projekt der Linkspartei.PDS heißt: Berlin wird skandinavisch schlau. Es beschreibt Wege zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder, unabhängig von ihrer sozialen, kulturellen oder ethnischen Herkunft, unabhängig von Alter und Geschlecht, unabhängig von der Religionszugehörigkeit und unabhängig von einer Behinderung. Diese Schule ist von einer Lehr- und Lernkultur gekennzeichnet, in der gegenseitige Achtung und Akzeptanz wie auch das Lernen mit- und voneinander selbstverständlich sind. Sie fördert das individuelle Lernen, die Leistungsbereitschaft und den Spaß an der Leistung und vermittelt den Umgang mit Verschiedenheit und interkulturelle Kompetenz. So werden alle eine Chance haben, die Schule erfolgreich abzuschließen.

Kernstück eines solchen Bildungssystems ist die allgemeinbildende integrative Schule vom 1. bis zum 10. oder 12. Schuljahrgang. Schulen

sollen in der kommenden Wahlperiode auf freiwilliger Grundlage verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten entwickeln und Wege zu einer integrativen Schule erproben können. Zugleich will die Linkspartei.PDS diesen Prozess mit einer breiten öffentlichen Debatte begleiten, um so für das Schuljahr 2011/12 eine politische Entscheidung über die weitere Ausgestaltung des Berliner Schulsystems treffen zu können. Dies ist das Schuljahr, in dem die 2005 eingeschulten Kinder, die als erste den Gesamtkomplex von Reformmaßnahmen in der Grundschule durchlaufen haben, die Sekundarstufe I, also die 7. Jahrgangsstufe, erreichen. Sie sollen dann dort ein qualitativ gleichwertiges Angebot vorfinden.

### **Auf den Anfang kommt es an – frühkindliche Förderung**

Bildung beginnt und endet nicht mit der Schule, sondern ist ein vielschichtiger lebenslanger Prozess. Besonders wichtig für eine erfolgreiche Bildungsbiografie ist der frühe Beginn.

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Sie sind für eine gute individuelle Entwicklung der Kinder, den Abbau von Benachteiligungen und die Chancengleichheit beim Zugang und Erwerb von Bildung sowie für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar.

So wurde ein Bildungsprogramm für Kindertagesstätten eingeführt, ab 2007 wird das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung beitragsfrei. Wir sehen das als einen Anfang und werden uns für bundespolitische Rahmenbedingungen einsetzen, die einen kostenfreien Kita-Besuch möglich machen.

Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher wurde reformiert und die Übertragung von Kitas auf freie Träger fortgeführt.

Für alle Einrichtungen wurden gleiche Finanzierungsbedingungen und Qualitätsstandards geschaffen. Kommunale Kita-Eigenbetriebe wurden gegründet.

Ein Kita-Reformgesetz wurde verabschiedet. All diese Reformschritte hat die Linkspartei.PDS befördert. Diese Politik, bundesweit einzigartig und beispielhaft, muss fortgeführt werden. Wie soll das aussehen?

### **Zugang zu Kindertagesstätten erleichtern**

Möglichst viele Kinder und Eltern sollen sich frühzeitig für eine Förderung in einer Kita entscheiden. Das bundesweit beispielhafte Platzangebot muss erhalten bleiben. Noch vorhandene Beschränkungen beim Zugang zu den Kitas sollen schrittweise abgebaut werden. So sollen im letzten Jahr vor der Schule Kinder und Eltern einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Förderung erhalten. Sie werden selbst darüber entscheiden, ob sie einen Ganztags-, einen Teilzeit- oder einen Halbtagsplatz nutzen möchten. Kein Kind darf vom Kita-Besuch ausgeschlossen werden, weil seine Eltern arbeitslos sind oder das Geld knapp ist.

### **Personal stärken und verstärken**

Die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas tragen große Verantwortung. Sie brauchen eine gute Ausbildung, ausreichend Weiterbildungsangebote und Zeit, um alle Kinder individuell zu fördern. Die Linkspartei.PDS setzt sich für mehr Personal in den Kitas ein. Der Modellversuch zur Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern auf Fachhochschulniveau ist weiterzuführen, ein Ausbau ebenso zu prüfen wie eine Ausbildung zu Assistentinnen und Assistenten.

### **Sprachförderung intensivieren**

Für die weitere Verbesserung der individuellen Sprachförderung ist gut ausgebildetes Personal in ausreichender Anzahl notwendig. Die Regelung, dass mindestens 40 Prozent der Kinder in einer Kita nicht-deutscher Herkunftssprache sein müssen, damit zusätzliches Personal bereitgestellt wird, soll durch eine kindbezogene zusätzliche Ausstattung ersetzt werden. Das ist unabhängig von der Gesamtzahl der Kinder nichtdeutscher Herkunft.

### **Gesundheitsförderung ausbauen**

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass Kinder auch künftig ein gesundes und bezahlbares Mittagessen erhalten. Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung in den Kitas werden intensiviert. Die Schulinganguntersuchung wird um ein Jahr vorgezogen, um Förderbedarf frühzeitig erkennen zu können. Die Linkspartei.PDS unterstützt den Ausbau der Sport- und Bewegungsangebote in Kitas und die Kooperationen mit Sportvereinen. Kitas müssen zur Stärkung des Kinderschutzes in ein sozialräumliches Netzwerk eingebunden werden.

### **Angebotsvielfalt erhalten**

Die Linkspartei.PDS strebt an, auch künftig ein Drittel aller Kita-Plätze in kommunaler Verantwortung zu belassen. Die kommunalen Kita-Eigenbetriebe sollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätsentwicklung, zur Angebotsvielfalt und zur sozialen Integration leisten.

### **Eine integrative Schule für alle Kinder**

Für eine integrative Schule der Jahrgänge 1 bis 10 bzw. 12 sollen in der kommenden Legislaturperiode die inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Sie beinhalten einen gemeinsamen Bildungsgang in der Sekundarstufe I. Denn eine integrative Schule neuer Qualität entsteht nur, wenn es gelingt, aus den getrennten Bildungsgängen der Sekundarstufe I (Hauptschul-, Realschul- und gymnasialer Bildungsgang) einen neuen, gemeinsamen Bildungsgang für alle Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Das schulische

Angebot muss so gestaltet sein, dass für alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit besteht, am Ende des 10. Schuljahrgangs auch die Voraussetzungen für den Übergang in die gymnasiale Oberstufe zu haben.

Zugleich wollen wir die begonnene Grundschulreform fortführen. Wir streben an, das jahrgangsübergreifende Lernen in der flexiblen Schul-anfangsphase auszuweiten.

### **Pilotphase für ein neues Schulsystem**

Eine neue Schule für alle Kinder kann nicht von heute auf morgen eingeführt werden. Wir wollen es Schulen in der kommenden Wahlperiode mit einer »Pilotphase für ein neues Schulsystem« ermöglichen, sich auf freiwilliger Grundlage und über verschiedene Wege zu einer integrativen Schule zu entwickeln. Damit können zugleich Erfahrungen gesammelt werden, wie die erforderlichen Rahmenbedingungen für ein integratives Schulsystem gestaltet werden können. Dafür sind verschiedene Wege denkbar: Grundschulen mit Klassen, die gemeinsam aufwachsen, »integrative Bildungszentren« aus Grund- und Oberschulen oder auch bestehende Oberschulen, die integrative Schulen werden. Diesen Schulen wollen wir für die Pilotphase gute Bedingungen schaffen, damit die verschiedenen Wege der Ausgestaltung des künftigen gemeinsamen Schulsystems präzisiert werden können. Schulen, die an der Pilotphase teilnehmen, sollen Anreize und Unterstützung erhalten.

### **Ressourcen bündeln**

Die Linkspartei.PDS verfolgt das Ziel, die Berliner Schulen nach skandinavischem Vorbild umzugestalten. Dafür werden die finanziellen und personellen Potenziale der kommenden Jahre gebündelt und für die qualitative Ausgestaltung des neuen integrativen Schulsystems verwendet. Die in den kommenden fünf Jahren zurückgehenden Schülerzahlen ermöglichen es, frei werdende Personalmitel dafür einzusetzen. Hinzu kommen die eingeplanten Personalstellen für weitere pädagogische Verbesserungen. Und dazu gehören auch die Neueinstellungen von jungen Lehrerinnen und Lehrern sowie die neuen Möglichkeiten der bedarfsgerechten Ausgestaltung des 2. und 3. Bildungsweges. Daraus erwächst die Möglichkeit, die Schulen personell besser mit Sozialpädagogen, Psychologen, Bildungswegberatern, Lehramtstudierenden und medizinischem Personal auszustatten. Das sind die wichtigsten bildungspolitischen Vorhaben der Linkspartei.PDS in der nächsten Wahlperiode. So werden die Voraussetzungen für ein durchgängig integratives und leistungsfähiges Bildungssystem in Berlin geschaffen – für ein Bildungssystem, das allen die Möglichkeit einer klugen Zukunft und die Chance für ein selbstbestimmtes Leben eröffnet.

## **4. Zukunft durch Wissenschaft – innovativ und sozial**

Die einzigartige Dichte von Hochschulen und Forschungseinrichtungen bildet den intellektuellen und mittelbar auch wirtschaftlichen Kern Berlins. Berlin ist einer der begehrtesten Studienorte in Deutschland. Tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler leben und arbeiten hier. Ob sich auch künftig neue Unternehmen in Berlin ansiedeln und der Forschungsstandort international konkurrenzfähig und bedeutsam bleibt, hängt wesentlich von der Entwicklung der Hochschulen und Forschungsinstitute ab.

Hochschulpolitik hat in Berlin besondere bundespolitische Bedeutung. Nicht nur, weil die Universitäten und Hochschulen Berlins eine große Ausstrahlung besitzen, sondern weil hier gute Voraussetzungen bestehen, dem konservativen Bundestrend linke und demokratische Alternativen entgegenzusetzen und der Rechten die bildungspolitische Initiative streitig zu machen.

### **Offene Hochschule**

Die Linkspartei.PDS setzt auf eine »offene Hochschule«, die international ist, auf den Prinzipien von akademischer Selbstverwaltung, Partizipation und Chancengleichheit basiert und getragen wird vom Gedanken eines lebenslangen Lernens und vom Humboldt'schen Bildungsideal der Verbindung von Lehre und Forschung.

Die »offene Hochschule« trägt Verantwortung für ihre Umgebung und für eine demokratische und soziale Gesellschaft. Sie ist in lokale Netzwerke eingebunden, tritt Chancenungerechtigkeit im Bildungswesen entgegen und fördert den Wettbewerb um die bessere wissenschaftliche Leistung.

### **Chancengleichheit für alle – keine Studiengebühren**

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass auch in Zukunft in Berlin keine Studiengebühren erhoben werden. Bildung soll über gerechtere Steuern statt über ungerechte Gebühren finanziert werden.

Immer mehr Menschen wollen studieren, viele davon in der Hauptstadt. Das Ziel bundesweiter Bildungspolitik, die Quote der Studierenden zu erhöhen und die Anforderungen der geburtenstarken Jahrgänge zu bewältigen, macht es auch in Berlin erforderlich, die Zahl der finanzierten Studienplätze mittelfristig wieder auf mehr als 100.000 zu erhöhen. Für das Land Berlin wird dieses Ziel nur zu erreichen sein, wenn die Hochschulfinanzierung bundesweit neu geordnet wird und die tatsächlichen Lasten der Länder in einem eigenen Hochschul-Länderfinanzausgleich gerecht verteilt werden.

Diesen Vorschlag hat die Berliner Linkspartei.PDS bereits seit 2001 diskutiert. Gerechte Finanzierung heißt, dass jedes Bundesland die Kosten für die Hochschulausbildung seiner Abiturientinnen und Abiturienten übernimmt. Länder wie Berlin, die an ihren attraktiven Hochschulen überdurchschnittlich viele Studenten aus anderen Bundesländern ausbilden, dies aber zurzeit noch aus eigener Steuer-Tasche zahlen und so zum Bildungsexporteur ohne Gegenleistung werden, bekämen einen fairen Ausgleich.

Die Berliner Hochschulen hätten so nicht nur mehr Geld für eine substanzielle Verbesserung der Studienbedingungen. Sie wären mittel- und langfristig auch materiell an steigenden Zahlen von Studierenden interessiert, die »ihre« Finanzierung mitbringen, ohne dafür in Form von Studiengebühren zahlen zu müssen.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, wenn der Bund im Rahmen des geplanten »Hochschulpakts 2020« die Vollkosten für die ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen übernehmen würde.

### **Wer kann, der darf – vom Bachelor zum Master**

Die Berliner Hochschulen unterstützen die Bildung eines Europäischen Hochschulraums. Die Linkspartei.PDS will ihn durch ein »Berliner Modell« qualifizieren. Danach haben alle Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen grundsätzlich eine Zugangsberechtigung für einen Studienplatz in einem Masterstudiengang.

Die Studienstruktureform muss besonders in Berlin die wechselseitige Anerkennung von Studienleistungen zwischen den Hochschulen sicherstellen. Überregulierungen und Abschottungen der Hochschulen sind abzubauen.

Wir wollen, dass Auslandsaufenthalte gefördert werden und ein Teilzeitstudium auch in den neuen Studiengängen möglich ist.

Um die Abbrecherquoten zu senken, soll das Bachelor-Studium im ersten Jahr stärker Orientierung und gegebenenfalls Umorientierung ermöglichen. Bereits im Studium muss eine Anbindung an den Forschungsprozess erfolgen.

Die Fachhochschulen werden zu »Hochschulen des Landes«, um die Gleichwertigkeit der von ihnen erbrachten Leistungen mit denen der Universitäten zu unterstreichen.

### **Autonomie heißt Demokratisierung**

Berlin muss die durch die Föderalismusreform entstehenden Gestaltungsmöglichkeiten für eine fortschrittliche Hochschulpolitik nutzen und die anstehende Novelle des Berliner Hochschulgesetzes mit gesellschaftspolitischen Innovationen und weitergehenden Vorstellungen zukunftsfähiger Hochschulpolitik verknüpfen.

Eine umfassende und demokratische Partizipation aller am Wissenschaftsprozess beteiligten Gruppen ist Voraussetzung für eine weitere Stärkung der Autonomie von Hochschulen und Bedingung für sinkende direkte Steuerungskompetenz des Gesetzgebers und der Wissenschaftsverwaltung.

Die Linkspartei.PDS steht in diesem Prozess für eine Viertelparität zwischen Professorinnen und Professoren, Studierenden, akademischen sowie sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den satzungsgewebenden Hochschulorganen. Unter dieser Voraussetzung wollen wir, dass die Hochschulen eigene weitergehende Mitbestimmungsmodelle erproben und einführen.

Das System der Hochschulverträge, das den Hochschulen Planungssicherheit gewährleistet, soll gesetzlich verankert werden. Wir treten dafür ein, dass die verfasste Studierendenschaft als öffentlich-rechtliche Körperschaft mit eigener Finanz- und Satzungsautonomie erhalten bleibt und ihr legitimes politisches Mandat zur Artikulation gesellschaftspolitischer Fragen nutzt.

### **Wissenschaft als Beruf**

Die Linkspartei.PDS will das starre und hierarchische Karrieresystem an den Berliner Hochschulen aufbrechen. Wir wollen eine differenzierte und durchlässige Personalstruktur, die Chancen eröffnet und Begabungen fördert. Für viele Nachwuchswissenschaftler wird die Übergangszeit zwischen Habilitation bzw. Juniorprofessur und Professur zum Nadelöhr für die eigene wissenschaftliche Laufbahn. An den Berliner Hochschulen soll die Juniorprofessur mit der Aussicht auf eine weitere akademische Laufbahn (»tenure track«) verbunden werden, die Karrierechancen auf befristete oder unbefristete Forschungsprofessuren oder aber unbefristete Lehrprofessuren als Lecturers bzw. Dozenten eröffnet.

## **5. Neue Perspektiven durch Kultur**

Kultur ist eine der wichtigsten erneuerbaren Zukunftsressourcen Berlins. Die Vielfalt der Berliner Kultur und ihrer sozial-kulturellen Milieus zwischen etablierter Hochkultur, freier Szene, kreativer Kulturwirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement prägen wesentlich die touristische Anziehungskraft und die Lebensqualität Berlins für seine Bürgerinnen und Bürger.

Berlin hat die Chance, den Reichtum seiner Kulturinstitutionen, die kulturelle Vielfalt der Stadt und die Kraft ihrer Kreativität zum Motor zukünftiger Stadtentwicklung zu machen. Berlin kann und muss Perspektiven durch Kultur gewinnen.

## **Kultur als Investition in die Zukunft**

Die Linkspartei.PDS versteht öffentliche Kulturausgaben als Investitionen in die Zukunft und wendet sich gegen eine ökonomisch verengte Sicht, die Kultur als unproduktive Ausgaben betrachtet.

Angesichts des erklärten Haushaltsnotstands der Bundeshauptstadt hat deshalb auch die Berliner Kulturpolitik in der letzten Legislaturperiode Verantwortung übernommen und erhebliche Sparbeiträge geleistet. Die Möglichkeiten weiteren »kreativen« Sparens sind jedoch begrenzt. Auch deshalb braucht Berlin das kulturpolitische Engagement des Bundes und der Länder in der Hauptstadt. Der 2003 geschlossene Hauptstadtkulturvertrag und die Aufnahme der Hauptstadtklausel in das Grundgesetz schaffen hierfür eine gute Grundlage.

In der nächsten Legislaturperiode wollen wir die kulturpolitische Debatte mit dem Bund auf weitere konkrete Projekte konzentrieren. Dazu gehören die Sanierung historischer Kulturbauten wie der Staatsoper und die Gestaltung des Humboldt-Forums in der historischen Mitte Berlins sowie die zügige Umsetzung des Gedenkkonzepts Berliner Mauer. Wir erwarten ein verstärktes Engagement des Bundes bei der Erhaltung der Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes und für die Opfer des Faschismus. Des Weiteren erwarten wir, dass die Bundesregierung auch ihre Verantwortung für Gedenkstätten der deutschen Teilung und für Opfer politischer Unterdrückung wahrnimmt.

## **Substanz erhalten und ausbauen**

Die öffentlichen Kultureinrichtungen, die Theater, Opernhäuser, Orchester, Museen und Bibliotheken bilden das Rückgrat der kulturellen Infrastruktur Berlins. Trotz Haushaltsnotlage konnte die vielfältige kulturelle Substanz der Stadt bewahrt und Raum für Neues geschaffen werden. Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen. Berlin hat mit der Opernreform ein bundesweites Signal gegen Theaterschließungen und Kulturabbau gesetzt.

Wir wollen die Berliner Bühnen durch einen erfolgreichen Abschluss der Opernreform weiter stabilisieren, die Berliner Theaterlandschaft durch eine Neuordnung der Fördersystematik für große und konzeptgeförderte Privattheater profilieren, das neu geschaffene leistungsfähige und renommierte Staatsballett sowie insbesondere den zeitgenössischen Tanz stärken und ausbauen.

Die acht Berliner Konzert- und Opernorchester genießen einen hervorragenden internationalen Ruf. Durch breite musikpädagogische Arbeit in den Schulen wollen wir die musische Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie ihr Bedürfnis zum Konzertbesuch fördern. Dazu sollen auch die Zuwendungen für die Berliner Symphoniker, die für diese Aufgabe langjährig profiliert sind, wieder in den Landeshaushalt aufgenommen

werden. Als europäische Kulturmetropole lebt Berlin auch von der internationalen Anziehungskraft seiner Staatlichen Museen. Der rot-roten Koalition ist es gelungen, den Bund für dieses gesamtdeutsche Erbe noch stärker in die finanzielle Verantwortung zu nehmen. Damit wächst umgekehrt die Verantwortung Berlins für die eigene städtische Museumskultur. Für die Linkspartei.PDS hat deshalb die Sanierung des Märkischen Museums und die Erweiterung des Stadtmuseums in der nächsten Legislaturperiode kulturpolitische Priorität.

### **Breiten Zugang zu Kultur sichern**

Die Kultur Berlins lässt sich aber nicht allein an der Zahl seiner bedeutenden Kultureinrichtungen, sondern vor allem an der Teilhabe möglichst vieler Menschen am kulturellen Leben der Stadt messen. Das aber hängt auch von der sozialen und finanziellen Lage der Bürgerinnen und Bürger ab. Deshalb braucht es neue Ermutigung und Unterstützung, aus eigener Kraft den Zugang zu kulturellen Angeboten zu finden.

Die Einführung eines Drei-Euro-Tickets und der kostenlose Bibliotheksausweis für Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Grundsicherungsrentner und Asylbewerber waren erste, wichtige Schritte.

Wir wollen darüber hinausgehen und schlagen vor, dass Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre in allen öffentlichen Museen Berlins freien Eintritt haben. Wir plädieren dafür, dass die Geldprämie für Studierende bei Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Berlin in eine Kulturkarte umgewandelt wird. Und wir regen an, eine zentrale Internetplattform mit kulturellen Angeboten für Kinder und Jugendliche einzurichten, um auf diese Weise Eltern, Kindern und Jugendlichen einen Überblick und schnellen Zugang zu entsprechenden Angeboten zu erleichtern.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine Verbesserung der sozialen Situation von Künstlerinnen und Künstlern ein, denen besonders unter den Bedingungen von Hartz IV die Ausübung ihres Berufs erschwert wird.

### **Bezirkliche Kulturarbeit als Pflichtaufgabe**

Der kommunalen Kulturarbeit in den Berliner Bezirken kommt eine wesentliche Bedeutung für den Zusammenhalt der Berliner Stadtgesellschaft zu. Durch die Finanznot der Bezirke hat die Substanz der kommunalen Kulturarbeit in den letzten Jahren erheblichen Schaden genommen.

Die Linkspartei.PDS unterstützt deshalb Vorschläge, die Kernbereiche bezirklicher Kulturarbeit als verbindliche Pflichtaufgaben zu definieren, dazu eigene kulturpolitische Konzepte zu verabschieden und Verwaltungsstrukturen zwischen den Bezirken in den Bereichen Kultur und kulturelle Bildung einheitlicher zu gestalten. Darüber hinaus treten wir

dafür ein, den Bezirkskulturfonds im Rahmen des Kulturhaushalts als ein Instrument gesamtstädtischer Entwicklung aufzustoßen.

### **Bibliotheken sind Grundversorgung**

Bibliotheken haben sich weltweit von Lesehallen zu lokal verankerten und global vernetzten Kulturzentren entwickelt. Als solche sind sie unverzichtbarer Bestandteil der kulturellen Grundversorgung.

Um die Lese-, Medien- und Sprachkompetenz sowie die interkulturelle Basisqualifikation vor allem von Kindern und Jugendlichen zu fördern und zu stärken, braucht Berlin leistungsfähigere öffentliche Bibliotheken.

Die Linkspartei.PDS unterstützt die in Angriff genommene Reorganisation der Berliner öffentlichen Bibliotheken und will, dass die Bibliotheken vor Ort in ihrer Flexibilität gestärkt und ihre Ressourcen auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer zugeschnitten werden. Voraussetzung dafür ist ein Organisationsmodell, das Ausstattungs- und Leistungsstandards für alle Bezirke verbindlich regelt, Verwaltungstätigkeiten bündelt und über den gemeinsamen Verbund der öffentlichen Bibliotheken (VÖBB) effizienter organisiert, sodass die öffentlichen Bibliotheken auch an den Wochenenden uneingeschränkt genutzt werden können.

### **Vielfalt und Einheit der Kulturen**

Die kulturelle Vielfalt Berlins stärker zum Ausdruck zu bringen und zugleich die Einheit der Kulturen zu wahren, ist zentrale Herausforderung metropolitaner Kulturpolitik.

Die Linkspartei.PDS plädiert dafür, die Förderung interkultureller Projektarbeit neu auszurichten. Es sollten nun stärker innovative und experimentelle Projekte über das Leben zwischen und in den verschiedenen Kulturen gefördert werden. Hierbei kann vor allem zeitgenössische Kunst, die Migration zum Thema und Menschen mit Migrationshintergrund als Akteure hat, zum Katalysator eines interkulturellen Selbstverständnisses werden. Für solche Ansätze gibt es in Berlin mit dem Haus der Kulturen der Welt oder dem nach nur einjähriger Existenz als Theater des Jahres ausgezeichneten HAU/Hebbel am Ufer hervorragende Beispiele.

Eine Gesellschaft, die ihre Vielfalt der Kulturen so erkundet und begreift, schafft Offenheit. So wird sie sich weder in den Fallstricken einer homogenen Leitkultur verfangen noch im unkritischen Dialog der Kulturen verharren.

## **6. Öffentliche Daseinsvorsorge schafft soziale Sicherheit**

Die Berliner Unternehmen der städtischen Infrastruktur, der Ver- und Entsorgung sind nicht nur städtische Wirtschaftsunternehmen, sondern liefern vor allem lebensnotwendige Dienstleistungen. Sie dienen der Berliner Bevölkerung und garantieren bürgernahe, an den Bedürfnissen der Stadt orientierte Angebote. Auch sie machen damit Berlin lebenswert.

Deshalb setzt die Linkspartei.PDS ihr Engagement für transparente, gut geführte und im städtischen Interesse arbeitende öffentliche Unternehmen fort und wendet sich dabei grundsätzlich gegen jeden Versuch, diese Dienstleistungen an »den Markt« zu bringen. Nur durch die öffentliche Trägerschaft Berlins an den wichtigen Ver- und Entsorgungssowie Infrastrukturunternehmen kann die Bevölkerung real auf die Entscheidungen der Unternehmensleitungen Einfluss nehmen.

Öffentliche Unternehmen haben nicht schon für sich einen Wert. Nutznießer sind ihre Benutzerinnen und Benutzer, die auf ihre Leistungen angewiesen sind. Deshalb müssen die Leistungen wirtschaftlich und zu sozial verträglichen Konditionen erbracht werden. Mit immer wieder knapp vor der Insolvenz stehenden öffentlichen Unternehmen ist niemandem gedient. Auch Zuschüsse aus dem öffentlichen Haushalt zur Finanzierung der Unternehmen lassen sich nur mit der Qualität und Quantität der Leistungen rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, die Berliner Wasserversorgung unter vollständige öffentliche Kontrolle zu nehmen und suchen nach strategischen Varianten für eine Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe.

### **Erfolg städtischer Unternehmen langfristig sichern**

Die Linkspartei.PDS steht für eine Politik der Sicherung tariflich bezahlter Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor. Die leistungsfähigen Unternehmen in der Stadt Berlin zu halten, ist ein Element dieser Politik.

Die politischen Gremien des Landes Berlin stehen in der Verantwortung, die Grundlinien der Unternehmenspolitik zu bestimmen. Dies ist nicht einfach und es erscheint durchaus gelegentlich verlockend, sich in der gegenwärtigen Haushaltslage dieser Aufgabe durch Verkauf gegen Bares zu entledigen. Solchem Ansinnen stellt die Linkspartei.PDS die Forderung nach einer vernünftigen gemeinwirtschaftlichen Strategie entgegen, durch die der Erfolg der städtischen Anstalten, Gesellschaften und Betriebe gesichert werden kann.

Die Linkspartei.PDS steht dafür, dass in den öffentlichen Betrieben weiter aufgeräumt und die Transparenz des unternehmerischen Handelns weiter erhöht wird.

In den öffentlichen Unternehmen Berlins arbeitet man mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Ob als Steuer- oder als Gebührenzahler, die Berlinerinnen und Berliner sollen wissen, wie kalkuliert wird, wie Kosten und Einnahmen sich zusammensetzen und wie mit dem Geld umgegangen wird. Nur dann erlangt die öffentliche Wirtschaft Akzeptanz.

Die Besetzung der Spitzenpositionen in den öffentlichen Unternehmen muss nachvollziehbar sein und hat sich allein an der Fähigkeit der Personen zu orientieren. Klientelwirtschaft und Lobbyismus sind mit der Linkspartei.PDS nicht machbar. Gebraucht wird dagegen ein neuer Geist in der städtischen Unternehmenspolitik, der die Sicherung und Förderung der sozialen Stabilität im Gemeinwesen als ersten Zweck der Unternehmensführung begreift. Erste Schritte sind gemacht: Neue Beteiligungsrichtlinien und ein Kodex für die Leitung der öffentlichen Unternehmen gelten bereits. Ab 2007 werden die Bezüge der Vorstandsmitglieder landeseigener Unternehmen offengelegt.

### **Öffentlicher Wohnungssektor für eine soziale Stadt**

Mit einer »Altlast« wird sich die Politik weiterhin besonders beschäftigen müssen: mit der Situation der städtischen Wohnungsbaugesellschaften. Die Neuordnung, Sicherung und Stabilisierung des städtischen Wohnungsbestands ist eine Kernaufgabe der kommenden Wahlperiode, nachdem bisher dafür von den zuständigen Senatoren keine Lösung gefunden worden ist.

Berlin steht hier vor dem Scheideweg. Eine stückweise Ausverkaufspolitik mag die Insolvenz einer Wohnungsbaugesellschaft abwenden, ein wohnungspolitisches Programm ist das aber nicht. Das Ziel der Linkspartei.PDS ist der Erhalt und die qualitative Verbesserung, nicht die schrittweise Reduzierung und Veräußerung des Wohnungsbestands.

Der öffentliche Wohnungssektor soll bezahlbaren Wohnraum für breite Schichten der Berliner Bevölkerung bereitstellen, insbesondere für jene Bürgerinnen und Bürger, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht mit angemessenen Wohnungen versorgen können. Er kann so auf die Mietpreisentwicklung und die Standards auf dem freien Wohnungsmarkt Einfluss nehmen und auch durch eine offensive Vermietungspolitik für soziale und ethnische Mischung in den Kiezen sorgen. Mit einer solchen Ausrichtung ist die öffentliche Wohnungswirtschaft eine wichtige Komponente städtischer Integrations- und Sozialpolitik.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist ein Wohnungsbestand von rund 15 Prozent der Mietwohnungen in der Stadt mit unterschiedlichen Ausstattungsgraden und einer sinnvollen sozialräumlichen Verteilung über das Stadtgebiet im kommunalen Eigentum zu erhalten und zu entwickeln. Weitere Verkäufe von kommunalen Wohnungsbeständen oder Wohnungsbau-gesellschaften zur Haushaltssanierung wird es mit der Linkspartei nicht

geben. Der Verkauf von Wohnungsbeständen zum Zwecke der Haushaltsentlastung wäre auch haushaltspolitisch kurzfristig, denn er erzwingt Ausgaben in zukünftigen Haushalten. Auch der Verkauf von Wohnungsbeständen zur unmittelbaren Insolvenzabwehr ist allein kein akzeptables Sanierungskonzept und bietet keine Lösungsoption für die Schieflage des öffentlichen Wohnungssektors.

Die Linkspartei.PDS setzt sich entschieden dafür ein, dass in der kommenden Legislaturperiode das bislang uneingelöste rot-rote politische Vorhaben nach Maßgabe folgender Ziele der städtischen Wohnungswirtschaft erfüllt wird:

Die wirtschaftliche Zielsetzung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften ist wieder auf eine konsequent gemeinwirtschaftliche Orientierung umzustellen. Primär profitorientierte Immobilienverwertungsstrategien und -projekte sind kurzfristig aufzugeben. Die Verlagerung staatlicher und kommunaler Aufgaben zur Entlastung der öffentlichen Kassen auf die städtischen Wohnungsbaugesellschaften muss zukünftig ebenso unterbleiben wie die Instrumentalisierung für stadtentwicklungspolitische Projekte der Landespolitik jenseits ihrer eigentlichen Aufgabe.

Die Unternehmensstrategie wird auf die Bewirtschaftung von Mietwohnungen konzentriert. Das bedeutet auch, dass die Bewirtschaftung und Entwicklung von Gewerbeimmobilien nur im Zusammenhang mit Wohnungsbeständen erfolgt. Erträge aus der Bestandsbewirtschaftung werden zur Instandsetzung und Sanierung der Wohnungsbestände eingesetzt. Der Bestand ist zu überprüfen und zu optimieren. Verkäufe von einzelnen Wohngebäuden zur Optimierung der Bewirtschaftung erfolgen vorzugsweise an gemeinnützige Erwerber oder an Mieter und Genossenschaften. Das Vorkaufsrecht der Mieter ist zu sichern, seine Ausübung zu unterstützen. Ein Verkauf von Beständen an Investmentgesellschaften ist auszuschließen. Im Verkaufsfall an Dritte werden weitgehende Mieterschutzrechte vereinbart, deren Einhaltung abzusichern ist.

Für die sechs Berliner Wohnungsbaukonzerne ist eine gesamtstädtische, abgestimmte und kooperative Geschäftsstrategie durchzusetzen. Dies gelingt durch die Schaffung eines Unternehmensverbunds, in dem Finanzierungs- und Immobilienmarktaktivitäten einheitlich gesteuert und Unternehmensverwaltungsaufgaben kostensenkend gemeinsam erledigt werden. Die Verwaltung der Wohnungsbestände erfolgt dezentral und mieternah. Die Transparenz der Geschäftspolitik und aller wirtschaftlichen Unternehmensdaten wird zu einem Unternehmensgrundsatz entwickelt. Die Einkünfte der Geschäftsführungen werden offengelegt und erfolgsabhängig gestaltet, wobei sich der wirtschaftliche Erfolg an der Erfüllung der sozialen und gemeinwirtschaftlichen Zielstellungen bemisst.

Die Linkspartei.PDS betrachtet Mietergenossenschaften als wesentliches Element für eine soziale Wohnungsversorgung. Ihre Entwicklung

und Bildung soll wieder stärker gefördert werden. Sie sind bevorzugte Erwerber beim Verkauf städtischer Wohnungen.

### **Transparente und bürgernahe Verwaltung**

Öffentliche Daseinsvorsorge beschränkt sich nicht auf die öffentlichen Unternehmen. Die öffentliche Verwaltung selbst, ihre Effizienz und Leistungsfähigkeit bestimmen maßgeblich die Möglichkeiten und die Wirksamkeit der Politik, gesellschaftliche Prozesse zu gestalten.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben einen erheblichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet.

Der 2003 abgeschlossene Anwendungstarifvertrag entsprang der finanziellen Notlage Berlins. Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, dass in dem Maße, wie diese Notlage bewältigt wird, die Gehälter im öffentlichen Dienst wieder dem bundesweiten Tarifniveau angepasst werden, unter der Voraussetzung, dass betriebsbedingte Kündigungen auch weiterhin ausgeschlossen bleiben. Die bestehenden Freizeitkonten sollen uneingeschränkt weiter gelten. Die Linkspartei.PDS wendet sich gegen die Forderung, den öffentlichen Dienst dauerhaft von Gehaltserhöhungen abzukoppeln. Sie prüft die Voraussetzungen, um eine Rückkehr des Landes Berlin in den kommunalen Arbeitgeberverband zu ermöglichen. Dem öffentlichen Dienst in Berlin mangelt es an Nachwuchs. Darunter leidet seine Leistungsfähigkeit mittlerweile spürbar. Deswegen müssen alle Möglichkeiten, den Einstellungskorridor ab 2008 zu erweitern, geprüft und genutzt werden.

Die Übertragung öffentlicher Aufgaben an private Dienstleister gehört auf den Prüfstand. Das betrifft sowohl die tatsächlichen wirtschaftlichen Effekte der Privatisierung bzw. des Outsourcings als auch die Möglichkeiten der Auflösung von Dienstleistungsverträgen und der Rückübertragung von Aufgaben an Beschäftigte des Landes Berlin.

Eine gut arbeitende öffentliche Verwaltung sichert den Bürgerinnen und Bürgern die Rahmenbedingungen zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Möglichkeiten und Rechte. Die Qualität einer Verwaltung ist Aushängeschild der Politik und Ausdruck ihres Verhältnisses zur Gesellschaft. Auch an diesem Maßstab muss sich Politik messen lassen.

## **7. Für eine solidarische und leistungsfähige Gesundheitsversorgung**

Gesundheitspolitik ist für die Linkspartei.PDS ein zentrales Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Linkspartei.PDS kapituliert nicht vor den negativen Auswirkungen der sogenannten Gesundheitsreform des Bundes. Gesundheitspolitik

darf nicht dem beschleunigten Prozess der Ökonomisierung unterworfen, Gesundheit nicht zur Ware werden. Gesundheitspolitik in Berlin muss den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken, die Prävention ausbauen und einen effizienteren Einsatz der landeseigenen Mittel anstreben.

Die Linkspartei wird alle Gestaltungsspielräume entwickeln und nutzen, um die Kooperation der medizinischen Einrichtungen und der niedergelassenen Ärzte in diesem Sinne zu verbessern.

### **Strukturreformen federn verfehlte Bundespolitik ab**

In den vergangenen fünf Jahren hat die Linkspartei.PDS wichtige Strukturprobleme des Berliner Gesundheitswesens gelöst. Anders als in vergleichbaren Großstädten konnte in Berlin der Trend zur Privatisierung der Krankenhäuser gestoppt werden. Wir stehen für eine Politik der Problemlösung in Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und schaffen die hierzu notwendigen Voraussetzungen – im Interesse einer öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Die Basis der stationären Grund- und Regelversorgung bilden die neun Vivantes-Kliniken. Für die finanzielle und organisatorische Sanierung dieses größten öffentlichen Krankenhausunternehmens wurden 230 Millionen Euro investiert. So konnten die Insolvenz und die drohende Privatisierung abgewendet werden.

Auch die Beschäftigten haben erhebliche Beiträge zur Konsolidierung erbracht. Ihnen wurde dafür der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis ins Jahr 2010 garantiert. Damit wurden gleichzeitig die Standorte und Arbeitsplätze in den Bezirken gesichert, die wir auch alle zukünftig beibehalten müssen, um eine wohnortnahe Grund- und Regelversorgung gewährleisten zu können. Insbesondere werden wir uns dafür einsetzen, dass mit einem Ersatzbau die Versorgungsqualität und die Wirtschaftlichkeit am Standort Hellersdorf verbessert werden.

### **Kooperation der landeseigenen Unternehmen**

Wie bei Vivantes strebt die Linkspartei.PDS auch bei der Charité deren Erhalt als landeseigenes Unternehmen an. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die Zusammenarbeit von Vivantes und Charité zu verbessern, um die wohnortnahe Grundversorgung mit Hochleistungs- und Hochschulmedizin sinnvoll zu vernetzen.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für ein Kooperationsmodell ein, das klare medizinische Schwerpunkte setzt, eine wirtschaftlichere Nutzung der Serviceeinrichtungen ermöglicht, Bürokratie abbaut und den daraus entstehenden Nutzen den Patienten zugute kommen lässt. Gleichzeitig gilt es, die Qualität von Forschung und Lehre zu erhöhen. Dazu gehört auch eine intensivere Zusammenarbeit der medizinischen Ausbildung und Forschung mit den in der Stadt vorhandenen Natur- und Sozial-

wissenschaften, um ein ganzheitliches Herangehen an die Zukunftsaufgaben der gesundheitlichen Versorgung zu sichern.

### **Strukturreformen und Gesundheitsförderung**

In den Zeiten leerer Kassen setzt die Linkspartei.PDS der einseitigen Ausrichtung auf Kostensenkung Strukturreformen entgegen, die eine bessere medizinische Versorgung garantieren und sowohl Prävention als auch Gesundheitsförderung ins Zentrum stellen.

Dafür wird die Landesgesundheitskonferenz als ein Ort gestaltet, an dem mit allen Akteuren des Gesundheitswesens abgestimmte Projekte zur Gesundheitsförderung auf den Weg gebracht werden.

Der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung als einem Interessenvertreter für Gesundheitsförderung kommt in diesem Prozess die Rolle eines entscheidenden Impulsgebers zu, der Aktivitäten koordiniert und vernetzt sowie Sachkompetenz bündelt.

### **Vernetzung schaffen und Mitsprache ermöglichen**

Während der vergangenen Jahre der politischen Verantwortung für den Gesundheitsbereich hat die Linkspartei.PDS in Berlin als einzigem Bundesland die Berufung einer Patientenbeauftragten durchgesetzt, um die Rechte der Patienten zu stärken. Jetzt gilt es, die materiellen und organisatorischen Möglichkeiten der Patientenbeauftragten zu erweitern und weitere Initiativen zu entwickeln, damit das medizinische Leistungsangebot transparenter wird und die Patienten von der Qualitätsverbesserung der Krankenhäuser profitieren können.

## **8. Für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit**

Wir brauchen Gleichberechtigung von Frauen und Männern, damit sich Berlin positiv weiterentwickeln kann. Wir brauchen Männer, die aktiv ihre Kinder erziehen, und Frauen, die erfolgreich und gut verdienend ihren Job machen. In Berlin haben Frauen und Männer dafür bessere Voraussetzungen als im Bundesdurchschnitt. Berliner Frauen verdienen mehr und sind besser qualifiziert. Aber das reicht noch nicht.

Für die Linkspartei.PDS stehen daher Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen Politikfeldern ganz oben auf der Tagesordnung.

### **Existenzsicherung für Frauen**

Die Linkspartei.PDS will die materielle Eigenständigkeit von Frauen in allen Lebensphasen und unabhängig vom Familienstand stärken. Dafür

gilt es, die Chancen von Mädchen und Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der beruflichen Ausbildung zu verbessern.

Die Politik muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Mit der Landesinitiative »Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Berliner Wirtschaft« wurde der gemeinsame Dialog mit Unternehmensverbänden, dem DGB und der Verwaltung zur Verbesserung der Chancen von Frauen im Berufsleben begonnen. Die Linkspartei.PDS schlägt hier als eine konkrete Maßnahme die Einführung eines Unternehmens-Rankings vor, das Unternehmen in Berlin danach bewertet, was sie für die Chancengleichheit von Frauen und Männern tun.

Die Chancen der Männer, sich an Kindererziehung und Familienarbeit zu beteiligen, müssen ebenfalls erhöht werden. Das Elterngeld einzuführen und die Eltern zu belohnen, die sich die Elternzeit teilen, muss weiter ausgebaut werden.

Im Landesgleichstellungsgesetz ist geregelt, dass die Vergabe eines Auftrags im Umfang von mehr als 50.000 Euro an die Selbstverpflichtung eines Unternehmens zu frauen- und familienpolitischen Maßnahmen geknüpft ist. Die Linkspartei.PDS will die Einhaltung dieser Regelung besser kontrollieren und sie auch auf geringere Aufträge ausdehnen. Die Linkspartei.PDS hat begonnen, die Forderung des Landesgleichstellungsgesetzes nach einer geschlechterparitätischen Besetzung von Gremien in die Tat umzusetzen. In den Aufsichtsräten, für die die von uns geführten Senatsverwaltungen das Vorschlagsrecht haben, wurde der Frauenanteil seit 2002 verfünffacht – von 6 auf 29 Prozent. Bei der BSR, BVG und den Berliner Wasserbetrieben sind die Aufsichtsratspositionen des Landes jetzt zu 42 Prozent mit Frauen besetzt. Die Berichtspflicht wurde erweitert und bei abweichender Besetzung ist diese Entscheidung ausführlich zu begründen.

Die Linkspartei.PDS fordert darüber hinaus bundesweite Regelungen, die die Beteiligung von Frauen auch in Entscheidungsgremien der privaten Wirtschaft voranbringen.

Unter Rot-Rot wurde der Girls' Day zu einer stadtweiten Institution. Er soll das Berufswahlspektrum von Mädchen erweitern und sie ermutigen, Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an herausgehobener Stelle zu übernehmen. Die Linkspartei.PDS wird mit der gezielten Gewinnung von mehr Unternehmen und Schulen diesen Aktionstag noch breiter bekannt und erfolgreicher machen.

Ein wichtiges Element unserer Politik ist die Förderung von Existenzgründungen durch Frauen. Noch spiegeln allerdings die Wirtschaftsbereiche, in denen Frauen Unternehmen gründen, die geschlechtsspezifische Berufs- und Erwerbsstruktur wider. Wir wollen das durch die gezielte Beratung und Unterstützung von Existenzgründerinnen ändern. Deshalb müssen Projekte und Gründerinnenzentren mit frauenspezifischen

Angeboten weiterhin angemessen gefördert werden. Wirtschaftsförderprogramme – insbesondere für Gründungen – sind so zu gestalten, dass sie Frauenbeteiligung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer fördern.

Die positiven Erfahrungen mit der Vergabe von Existenzgründungsdarlehen für Arbeitslose, die zu mehr als der Hälfte von Frauen in Anspruch genommen wurden, sollen ausgewertet werden und für andere Programme Anwendung finden.

Die gestiegene Erwerbsorientierung von Migrantinnen wollen wir durch Angebote zur beruflichen Qualifizierung und Beratung verstärken und so ihren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu qualifizierter Berufstätigkeit verbessern.

### **Erfolgreiche Selbstorganisation: Frauenprojekte in Berlin**

In Berlin hat sich eine vielseitige und gut vernetzte Fraueninfrastruktur entwickelt. Die Angebotspalette umfasst Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen, es gibt Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migrantinnen und Frauenzentren.

Mit der Förderung von Frauenzentren wird Frauen ein niedrighschwelliger Zugang zu sozialer, gesundheitlicher, psychologischer und pädagogischer Beratung sowie Begleitung in besonders schwierigen Lebenssituationen ermöglicht.

Die Linkspartei.PDS hat durchsetzen können, dass die Frauenprojekte zweijährige Verträge und somit bis 2008 erstmals Planungssicherheit erhalten. Langfristiges Ziel ist es, mit einer Dachorganisation der Frauenprojekte zu einer vertraglichen Regelung zu kommen, die den Projekten noch mehr Autonomie und Selbstverantwortung ermöglicht.

Gemeinsam mit den Betroffenen ist es gelungen, die Finanzierung der Frauenprojekte auf dem bestehenden Niveau zu erhalten und bei der Haushalts- und Fachpolitik Akzeptanz für die autonome Organisation von Frauen zu finden.

Der in dieser Legislaturperiode neu eingerichtete Frauenbeirat gewährleistet eine bessere Vernetzung der Projekte untereinander und stellt eine wichtige Brücke zwischen Verwaltung, Politik und Fraueninfrastruktur dar. Er sorgt für ein höheres Maß an Transparenz, Mitbestimmung und Beteiligung.

### **Gegen Gewalt an Frauen**

Der Linkspartei.PDS ist es gelungen, im Kampf für den nachhaltigen Abbau von häuslicher und sexueller Gewalt gegen Frauen und Kinder neue Akzente zu setzen. Dazu trug besonders der Berliner Aktionsplan 2002 zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt bei. Er bündelt Initiativen

und bindet beteiligte Institutionen, Verbände und Projekte ein. Diese Arbeit wollen wir weiterführen.

Das bestehende Hilfeangebot ist 2005 durch einen »pro-aktiven Ansatz« erweitert worden; das heißt, die Frauen werden angerufen. Dieses Projekt soll ausgebaut werden.

Die Linkspartei.PDS steht für eine bessere Integration der Arbeit mit Tätern in das Gesamtkonzept zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Sie wird sich für die weitere Sensibilisierung von Beschäftigten im Gesundheitssystem und für die verbesserte psychiatrische Versorgung der von Gewalt betroffenen Frauen einsetzen. Ebenso engagiert sich die Linkspartei.PDS für die Belange der von Gewalt betroffenen Mädchen und Frauen mit Behinderungen.

Besonderes Augenmerk gilt der Situation von Migrantinnen. Ziel ist es, in Kooperation mit bestehenden Verbänden und Organisationen das Thema zu enttabuisieren und den spezifischen Problemen wie Zwangsverheiratung, Frauenhandel und Zeugenschutz besser Rechnung tragen zu können.

### **Die Belange von Frauen und Männern gleichermaßen berücksichtigen**

Förderung von Frauen und Gender Mainstreaming als Strategie, bei allen politischen Entscheidungen deren unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer zu berücksichtigen, sind wichtige Instrumente zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit.

Die Linkspartei.PDS hat wesentliche Weichenstellungen zur Verankerung des Gender Mainstreaming in Politik und Verwaltung vorangetrieben. Dazu zählen die Einrichtung einer Geschäftsstelle, die Begleitung von Pilotprojekten und Fortbildungsveranstaltungen. Besonders hervorzuheben ist auch ein neues Herangehen an den Landeshaushalt, indem die finanziellen Aufwendungen für Frauen und Männer ausgewiesen werden (Gender Budgeting). Auf dieser Grundlage werden wir uns dafür einsetzen, dass ungleiche Zuwendungen beendet werden.

Mit dem »Gesetz zur Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität« (Antidiskriminierungsgesetz) wurde in der vergangenen Legislaturperiode auf Landesebene ein Grundstein für eine aktive Politik zur Gleichstellung aller Lebensweisen gelegt. Die Linkspartei.PDS wird an der Umsetzung dieses Konzepts in allen Bereichen parlamentarischen und außerparlamentarischen Handelns weiterarbeiten.

## **9. Soziale Stadt fördert Vielfalt und Zusammenhalt**

Im Projekt Soziale Stadt bestimmen drei Leitlinien die inhaltliche und finanzielle Schwerpunktsetzung: Die Linkspartei.PDS will – erstens – garantieren, dass eine ausreichende soziale, gesundheitliche und kulturelle Infrastruktur zur Verfügung steht und weiterentwickelt wird.

Wir wollen – zweitens – die zivilgesellschaftlichen Strukturen in den Bezirken und Kiezen der Stadt stärken und ausbauen. Bürgerschaftliches Engagement ist kein Ersatz für staatliche Aufgaben, sondern Kern sozialen Zusammenhalts. Es zu fördern, ermöglicht auch eine notwendige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Bewohnerinnen und Bewohner sollen durch neue demokratische Beteiligungsrechte ihr Lebensumfeld aktiver gestalten können. Dafür ist auf Initiative der Linkspartei.PDS der Bürgerentscheid auf Bezirksebene eingeführt worden. In Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf werden erstmals Bürgerhaushalte aufgestellt.

Drittens wollen wir Integration und kulturelle Vielfalt fördern, indem wir unterschiedliche Kulturen und Kompetenzen der Menschen als wichtiges Potenzial nutzen. Integrationspolitik ist keine Notlagenpolitik, sondern Gesellschaftspolitik in einer Einwanderungsgesellschaft. Die Linkspartei.PDS verschließt nicht die Augen vor den besonderen Problemen in Bezirken und Kiezen mit einem hohen Anteil an Migrantinnen und Migranten. Aber diese Menschen sind nicht selbst das Problem, sondern sie sind durch die neoliberale Bundespolitik in besonderem Maße getroffen und betroffen. Deshalb hat die Linkspartei.PDS ein Integrationskonzept initiiert, das mit Bildung, Ausbildung und Arbeit sowie politischer und kultureller Teilhabe Schwerpunkte in der Integration setzt.

### **Soziale Spaltung verhindern**

Durch das Engagement der Linkspartei.PDS konnte in den letzten Jahren die soziokulturelle Infrastruktur Berlins nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden. Nachbarschaftsarbeit und Gemeinwesenarbeit wurden durch langfristige Verträge gesichert. So wurde das landesweite Netz an Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäusern, Selbsthilfekontaktstellen langfristig finanziell abgesichert.

Wir wollen weiterhin der sozialen Spaltung zwischen den Stadtteilen entgegenwirken, die finanziellen Mittel auf besonders benachteiligte Quartiere konzentrieren. Wir wollen ein nachhaltiges Stadtteilmanagement einführen und die soziokulturelle Infrastruktur bewahren und weiterentwickeln. Mit der Entscheidung, gerade Stadtteilzentren und Nachbarschaftseinrichtungen zu stärken, wurden erste Ansätze einer problemorientierten Mittelvergabe durchgesetzt.

## **Eine Solidargesellschaft braucht Bürgerbeteiligung**

Mit den Bürgerentscheiden auf Bezirksebene ist die Voraussetzung für eine direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungen geschaffen.

Damit will die Linkspartei.PDS ebenso wie durch sozialräumlich konzentrierte und eingesetzte Ressourcen zur Entwicklung der solidarischen Stadtgesellschaft beitragen.

Außerdem soll die Vernetzung zwischen den Einrichtungen der Stadtteilarbeit und den Akteurinnen und Akteuren des Quartiersmanagements verbessert werden.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für ein solidarisches Miteinander der Generationen ein. Ältere und alte Menschen wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ihre kreativen Potenziale und ihre Erfahrungen einbringen. Dafür müssen Strukturen verbessert und die damit verbundenen Chancen erkannt werden, muss sich das gesellschaftliche Klima wandeln. Mit dem Seniorenmitwirkungsgesetz haben wir dafür eine gute Grundlage geschaffen.

## **Mitsprache erfordert Haushaltstransparenz**

Das Modellprojekt eines Bürgerhaushalts ist in Lichtenberg für den Haushalt 2007 erfolgreich umgesetzt worden. Bürgerinnen und Bürger haben dabei gemeinsam mit der Verwaltung Entscheidungen für den Einsatz öffentlicher Gelder getroffen. Auch in Marzahn-Hellersdorf und in weiteren Bezirken haben Bürgerinnen und Bürger begonnen, sich aktiv an der Haushaltsplanung zu beteiligen. Transparente Entscheidungswege, direkte Einflussnahme auf die Entscheidungen der Verwaltung und die Verwendung öffentlicher Gelder für die Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wurden damit möglich. Die Linkspartei.PDS wird sich in der kommenden Legislaturperiode dafür stark machen, das Projekt Bürgerhaushalt auch in anderen Bezirken zu entwickeln.

Dieses Vorhaben wird allerdings praktisch gegenwärtig noch dadurch erschwert, dass die Voraussetzungen für Mitsprache an finanziellen Entscheidungen in den Bezirken sehr unterschiedlich und die Kriterien der Zuweisung von Haushaltsmitteln an die Bezirke sehr undurchsichtig sind.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit ein. Wir wollen politische Mehrheiten dafür gewinnen, dass die Beziehungen zwischen Bezirken und Finanzsenat nicht durch Willkür, permanente Eingriffe und täglich veränderte Maßstäbe gekennzeichnet sind. Ein gegenseitiges Niederkonkurrieren der Bezirke bei den bürgernahen Leistungen ist nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Die Haushaltszuweisungen an die Bezirke müssen nach gerechten, ver-

gleichbaren und nachvollziehbaren Maßstäben erfolgen. Die Verweigerung oder Verschlechterung von Leistungen darf nicht belohnt, ein effektives und qualitativ gutes Angebot nicht bestraft werden.

Schließlich setzt sich die Linkspartei.PDS dafür ein, dass die Erfahrungen aus den bezirklichen Modellprojekten auch genutzt werden, um bürgerschaftliche Mitsprache bei der Finanzwirtschaft auf der Senats-ebene möglich zu machen. Auch dort gibt es Aufgaben und Prioritäten, die einer öffentlichen Diskussion zugänglich sein müssen. Der Bürgerhaushalt ist nicht nur eine für Kiez und Bezirk interessante Perspektive stadtpolitischer Veränderungen.

### **Gleichberechtigtes Miteinander fördern**

Das von der Linkspartei.PDS initiierte Integrationskonzept für Berlin bietet erstmals die Möglichkeit, die Aktivitäten der Senatsverwaltungen zu bündeln und aktuelle wie künftige Leitlinien der Landespolitik zu benennen. Unter dem Leitmotiv »Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken« versteht die Linkspartei.PDS, dass Integration sowohl die Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund einbindet. Ziel dieser Politik ist es, Ausgrenzungen zu verhindern und ein gleichberechtigtes Miteinander aller Berlinerinnen und Berliner, unabhängig von ihrer soziokulturellen Herkunft, anzustreben. Die Linkspartei.PDS setzt dabei in den nächsten Jahren sechs Schwerpunkte:

Erstens werden in der Bildungspolitik die frühkindliche Sprachförderung, die Einbindung und Weiterbildung der Eltern sowie die Öffnung der Schule in den Kiez als vorrangig angesehen.

Um – zweitens – die Ausbildungssituation zu verbessern, wird der Übergang zwischen Schule und Beruf durch verschiedene Maßnahmen wie Praktika und Berufswegeplaner erleichtert.

Drittens soll die Arbeitsmarktpolitik stärker auf die Wiedereingliederung niedrigqualifizierter Migrantinnen und Migranten ausgerichtet werden.

Viertens werden die Integrationskurse besser mit Angeboten der beruflichen Eingliederung verzahnt. Für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer wird eine neue Aufnahme- und Willkommenskultur entwickelt.

Fünftens streben wir eine weitere interkulturelle Öffnung der Verwaltung an.

Und sechstens sollen alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, um langjährig hier lebenden Flüchtlingen und Geduldeten eine Perspektive zu geben.

### **Eine gemeinsame Sprache verbindet**

Sprachkompetenz ist und bleibt ein Schlüsselfaktor für Bildung, Arbeit und Teilhabe. Deshalb sind die bereits in den Kindertagesstätten eingeführten Sprachkurse durch eine entsprechende Ausbildung der

Erzieherinnen und Erzieher zu qualifizieren. Das beschlossene kostenfreie letzte Kita-Jahr schafft gute Voraussetzungen, um mit diesem Bildungsangebot besonders auch Kinder mit Migrationshintergrund zu erreichen. Kognitive, sprachliche, soziale und interkulturelle Kompetenz erfordert Konzepte, in denen die Akzeptanz der Erstsprache und die Mehrsprachen-Förderung eingebunden sind. Die zweisprachige Alphabetisierung und Erziehung sollen vor allem in Wohngebieten mit vielen Migrantinnen und Migranten zum Regelangebot werden. Die Errichtung gebundener Ganztagschulen gerade in Gebieten mit vielen Migrantinnen und Migranten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Schule muss sich auch als Forum des interkulturellen und multiethnischen Austauschs qualifizieren. Mit dem in diesem Jahr beginnenden Fach »Ethik« hat die rot-rote Koalition hierfür eine Möglichkeit geschaffen.

Die internationale Einbindung Berlins und die Rolle der Stadt als Mittlerin zwischen Ost- und Westeuropa brauchen mehrsprachige und interkulturell kompetente Menschen. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund sind hier ein Potenzial, das stärker genutzt werden muss.

Durch Hartz IV haben sich die Bedingungen für eine länderspezifische Qualifizierungs- und Arbeitsmarktpolitik erheblich verschlechtert. Die Linkspartei.PDS sieht sich in der Verantwortung, Jugendliche mit Migrationshintergrund beruflich zu fördern und für den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten. Bessere Möglichkeiten für solche Angebote zu schaffen, muss Gegenstand von Verhandlungen mit der Bundesregierung sein. Förder- und Beratungsprogramme für Klein- und Kleinstunternehmen, die speziell auf Migrantinnen und Migranten ausgerichtete Angebote vorhalten, sind auszuweiten.

### **Interkulturelle Öffnung bringt Vorteile für alle**

Der Anteil an Migrantinnen und Migranten in der öffentlichen Verwaltung muss erhöht werden. Auch deshalb brauchen wir einen Einstellungskorridor im öffentlichen Dienst. Außerdem gilt es, Migrantinnen und Migranten durch eine gute Öffentlichkeitsarbeit, Bewerbungstrainings für Jugendliche und eine besondere Betreuung der Berufsausbildung durch Ausbildungsbeauftragte zur Bewerbung zu ermuntern.

Neben der interkulturellen Öffnung geht es der Linkspartei.PDS im öffentlichen Dienst auch um die an klaren Standards orientierte Fortbildungspflicht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, einschließlich der Führungskräfte, um ihre interkulturelle Kompetenz zu entwickeln und zu stärken.

### **Gleiches Recht für alle**

Berlin ist Zufluchtsort für Flüchtlinge und Asylbewerber aus aller Welt. Sie brauchen Zugang zu Bildung, Berufsausbildung, Studium und

Arbeitsmarkt. Voraussetzung dafür ist eine politische Lösung für eine bundesweite Bleiberechts-Regelung für langjährig in Deutschland lebende Flüchtlinge. Mit einer entsprechenden Initiative im Bundesrat ist Berlin gescheitert. Die Linkspartei.PDS wird weiter dafür kämpfen.

Derzeit ist gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Migrantinnen und Migranten vor allem über die Einbürgerung möglich. Die inzwischen in Berlin geschaffenen Voraussetzungen für ein unbürokratisches und transparentes Einbürgerungsverfahren will die Linkspartei.PDS festigen und besonders junge Menschen auffordern, ihre Chancen bei der Berufswahl und auf dem Arbeitsmarkt durch die deutsche Staatsangehörigkeit zu verbessern.

Jenen, denen aus verschiedensten Gründen eine Einbürgerung nicht erstrebenswert erscheint oder denen sie verwehrt ist, will die Linkspartei.PDS die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben durch die Vernetzung der sozialen und kulturellen Einrichtungen mit den Angeboten der Communitys der Migrantinnen und Migranten erleichtern. Die Linkspartei.PDS setzt sich weiterhin für das kommunale Wahlrecht der hier dauerhaft lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, ein.

Die zwei wesentlichsten Elemente des Integrationskonzepts sind die Gleichstellung der Geschlechter und der Schutz vor Diskriminierung bei gleichzeitiger Stärkung der Demokratie. Deshalb hat die rot-rote Koalition eine Bundesratsinitiative zur strafrechtlichen Ahndung von Zwangsverheiratungen gestartet. Aber vor allem sind Mädchen und Frauen in ihrem Alltag zu stärken. Berufsbildungsprogramme für Mädchen und junge Mütter sollen ausgeweitet werden und Integrationskurse müssen intensiv auf das Thema der Gleichberechtigung von Frauen und Männern ausgerichtet sein.

### **Konsequent und kreativ gegen Rechts**

Die Analysen in den Bezirken haben Einblicke in die Situation vor Ort und die Vernetzung rechtsextremer Strukturen erbracht. Diese Erkenntnisse flossen in ein Aktionsprogramm ein, durch das Bezirkspolitikerinnen und -politiker, Initiativen, Schulen, Jugendzentren u. a. bei der Entwicklung von nachhaltigen Maßnahmen und Gegenstrategien professionell beraten und unterstützt werden. Die Linkspartei.PDS wird auch künftig rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Entwicklungen entschieden entgegentreten. Angestrebt ist eine Zusammenarbeit mit anderen Städten unter dem Dach der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Die Linkspartei.PDS wird sich ebenso dafür einsetzen, dass die zahlreichen Aktivitäten gegen rechtes Gedankengut und rechtsextreme Taten, die bislang finanziell abgesichert waren, weitergeführt werden.

Dazu gehören das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, das Programm »respektabel«, die Arbeit des Quartiersmanagements, Schulprogramme, Aktivitäten der Landeskommission gegen Gewalt und der Senatsleitstelle gegen Diskriminierung. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, dass das Bundesprogramm CIVITAS erhalten bleibt und nicht auf weitere Themen ausgeweitet wird. Die Strukturprojekte wie die Mobilen Beratungsteams und die Opferberatungsstellen sind Modellprojekte und laufen Ende des Jahres aus. Wir werden uns für den Erhalt und die Sicherung dieser Strukturen auf Bundesebene genauso einsetzen wie für die Fortführung der Kofinanzierung auf Landesebene.

### **Für eine bürgernahe Polizei – Polizeireform weiterentwickeln**

Die Linkspartei.PDS hat mit der Abschaffung der Freiwilligen Polizeireserve und der Reiterstaffel, mit der Polizeistrukturereform und der Begrenzung polizeilicher Eingriffsbefugnisse eine Kehrtwende in der Berliner Innenpolitik einleiten können. Auf der Erfolgsliste stehen ebenso die Einführung des Deeskalationsprinzips bei Demonstrationen und einer Kennzeichnung von Polizeigruppen. Darüber hinaus haben sich viele Polizeibeamte einem Modellprojekt zur Einführung der freiwilligen individuellen Kennzeichnung angeschlossen. Die Linkspartei.PDS wird sich dafür einsetzen, den bisherigen Weg fortzusetzen und die Berliner Polizei weiter zu reformieren. Ein wichtiger Bestandteil ist die individuelle Kennzeichnungspflicht für alle Polizeibeamten.

Liebe Berlinerinnen und Berliner,  
mit diesen Vorschlägen zu ausgewählten Schwerpunkten geht die Linkspartei.PDS in den Wahlkampf 2006. Wir folgen dabei unserem Motto: Gemeinsam sind wir Stadt. Wir wollen alternative Entwicklungswege offenhalten und Bürgerinnen und Bürger zum selbstständigen Tätigwerden und Einmischen ermuntern. Wir wollen ein solches Wahlergebnis erringen, dass in der Stadt nicht gegen uns regiert werden kann und wir die Politik der sozialen Gerechtigkeit und der Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge fortsetzen können.

Informationsbroschüre, herausgegeben vom Landesvorstand  
Die Linkspartei.PDS, Landesverband Berlin  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 24 00 92 89  
info@linkspartei-berlin.de  
www.linkspartei-berlin.de  
V.i.S.d.P. Carsten Schatz

[www.linkspartei-berlin.de](http://www.linkspartei-berlin.de)